



© HAZEM BADER / AFP via Getty Images

Englischer Originaltext unter: [halt-forced- eviction-of-west-bank-residents-and-stop-demolitions-of-bedouin-homes-in-the-negev-naqab/](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/halt-forced- eviction-of-west-bank-residents-and-stop-demolitions-of-bedouin-homes-in-the-negev-naqab/)

## NEWS

19. Juli 2022

### **ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE:** Zwangsräumung von über 1.000 Einwohnern der Westbank muss sofort gestoppt und Abrisse der Unterkünfte von Beduinen in der Negev/Naqab-Wüste beendet werden

Nach Wochen, in denen die israelische Armee die palästinensische Bevölkerung von Masafer Yatta im besetzten Westjordanland wiederholt schikaniert, Häuser abgerissen und wieder neue Einschränkungen der Bewegungsfreiheit verhängt hat, erklärte Amnesty International heute, dass die israelischen Behörden die

Zwangsvvertreibung von über 1.000 Einwohnern aus der palästinensischen Gemeinde unverzüglich [beenden](#) müssen. Innerhalb Israels müssen die Behörden die Unterkunftsrechte ihrer palästinensisch-beduinischen Bürger in der Negev/Naqab-Wüste anerkennen, die am heutigen Morgen des 19. Juli 2022 wieder mit ansehen mussten, wie ihr Dorf al-'Araqib abgerissen wurde.

Nach Angaben des Büros zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA / UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) schlug in den letzten Wochen [eine Welle von Hausabrissen nach der anderen](#) in den Gemeinden von Masafer Yatta ein. Mit dieser Kampagne der Einschüchterung versuchen die israelischen Behörden, die Lebensbedingungen für die Einwohner dort so unerträglich zu gestalten, dass sie sich genötigt sehen, das Gebiet zu verlassen. Die Straßenblockaden und die anderen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit verhinderten auch, dass die muslimische Bevölkerung mit ihren ausgedehnten Familien in der nahegelegenen Stadt Yatta das islamische Opferfest Eid al-Adha feiern konnten. Am 11. Mai und 1. Juni 2022 [zerstörte die israelische Armee die Wohnhäuser](#) etlicher Einwohner, von denen einige schon den dritten Abriss ihrer Unterkunft innerhalb der letzten zwölf Monate erlebten.

***Mit jedem Tag, an dem die Verantwortlichkeiten weiter hinausgezögert werden, verlieren weitere Palästinenser\*innen ihre Wohnhäuser und Unterkünfte, ihre Lebensgrundlagen und ihre Hoffnungen auf ein menschenwürdiges Leben.***

Heba Morayef, Amnesty International

Nach Angaben des Büros zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA / UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) leben in Masafer Yatter rund 1.150 Palästinenser\*innen in mehr als 200 Wohngebäuden, darunter 569 Kinder. Die Lebensbedingungen sind karg, wobei nahezu die gesamte Einwohnerschaft von humanitären Hilfen abhängig ist. Weil Baugenehmigungen so gut wie gar nicht zu bekommen sind, erlassen die israelischen Behörden mit der Begründung, dass diese ohne Baugenehmigung errichtet wurden, Abrissbefehle und Baustopp-Anordnungen gegen fast alle Wohngebäude, Tierställe, Regenwasserzisternen und Infrastrukturanlagen der Gemeinden in dem Gebiet.

*„In Masafer Yatta sind mehr als 1.000 Palästinenser\*innen, darunter etwa 500 Kinder, ständig auf die potentielle Ankunft israelischer Bulldozer gefasst, die kommen, um ihre Wohnhäuser, Solarpaneele und Tierställe abzureißen. Eine Fortsetzung dieser umfangreichen Zwangsvvertreibung liefe auf einen Akt der Zwangsumsiedlung hinaus, der als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gilt“,* so Heba Morayef, Amnesty Internationals Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika.

*„Die bevorstehende Vvertreibung von Palästinenser\*innen aus Masafer Yatta erinnert lautstark an die grausame Strategie, die Israel seit Jahrzehnten zum Einsatz bringt, um sein grausames System der Apartheid gegen die palästinensische Bevölkerung aufrechtzuerhalten.“*

Amnesty International beobachtet mit Sorge, dass die Unterkunftsrechte beduinischer Bürger Israels nicht hinreichend respektiert werden und Beduin\*innen auch hinsichtlich anderer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte Diskriminierungen erfahren, eine Politik, die darauf abzielt, [Israels System der Herrschaft und Unterdrückung gegen Palästinenser\\*innen aufrechtzuerhalten](#). Als Begleiterscheinung der israelischen Diskriminierungspolitik, die Legalität von etwa 35 Dörfern in der Negev/Naqab-Region nicht anzuerkennen, sehen sich palästinensische Beduin\*innen, die Bürger\*innen des Staates Israel sind, immer wieder mit dem Verlust ihrer Unterkünfte konfrontiert. So rissen die israelischen Behörden seit dem Jahr 2010 zum Beispiel sämtliche Wohnhäuser des Dorfes al-'Araqib mehrfach ab, setzten die rund 250 Bewohner\*innen gewaltsam auf die Straße und ließen sie ohne Obdach zurück, bis sie sich in Hütten in anderen Dörfern einrichten oder bei Verwandten in anderen nahegelegenen beduinischen Ortschaften unterkommen konnten. Die Pläne der israelischen Regierung zur "Regulierung" beduinischer Bautätigkeit in der Negev/Naqab-Region führen immer wieder zur direkten Zwangsvvertreibung von Hunderten Angehörigen der beduinischen Minderheit in Israel, und Zehntausende weitere könnte das gleiche Schicksal ereilen.

*„Anstatt Wohnhäuser abzureißen, sollten die israelischen Behörden lieber ihre diskriminierenden Bau- und Planungsstrategien abbauen, durch die sich beduinische Bürger\*innen in die absurde Lage versetzt sehen, auf ihrem eigenen Land als Eindringlinge gebrandmarkt zu sein“,* sagte Heba Morayef.

## UNTER ZWANG AUS DEN LÄNDEREIEINEN DER VORFAHREN IN MASAFAER YATTA VERTRIEBEN

Am 4. Mai 2022 wies Israels Hoher Gerichtshof (High Court of Justice / HCJ) in seiner Eigenschaft als Berufungsinstanz zahlreiche Petitionen der Einwohner\*innen von acht Dörfern im Gebiet Masafer Yatta ab, mit denen die Abrissanordnungen aufgehoben werden sollten. Infolgedessen werden nun Wohngebäude und Tierställe abgerissen und deren Bewohner\*innen unter Zwang von den Ländereien ihrer Vorfahren vertrieben, um dort Raum für ein militärisches Übungsgelände der israelischen Armee zu schaffen.

Im Jahr 1980 hatte die israelische Armee das 3.000 Hektar große Stück Land zu militärischem Sperrgebiet für Übungszwecke mit der Bezeichnung "Feuerzone 918" deklariert. Im November 1999 vertrieb die Armee alle Einwohner aus Masafer Yatta, doch eine einstweilige Verfügung des Hohen Gerichtshofs erlaubte ihnen im März 2000, bis zu einer endgültigen Entscheidung in das Gebiet zurückzukehren – unter der Bedingung, dass sie ihre Wohnhäuser nicht wieder aufbauten. Seitdem wird den Einwohnern von Masafer Yatta jede Baugenehmigung verweigert, auch wenn es sich nur um Sonnenpaneele oder Regenwasserzisternen handelt.

Am 16. Juni 2022 [begann](#) die israelische Armee, in dem Gebiet Militärübungen durchzuführen, die nur während des dreitägigen Besuchs von US-Präsident Joe Biden vorübergehend ausgesetzt wurden.

Der Hohe Gerichtshof begründete seine Entscheidung mit der fehlerhaften Schlussfolgerung, dass israelische Militärverordnungen Vorrang hätten vor dem internationalen Völkerrecht, was einmal mehr die Notwendigkeit der Umsetzung internationaler Rechtsmechanismen verdeutlicht.

*„Die Entscheidung des Hohen Gerichtshofs, die Räumung von Masafer Yatta zu bestätigen, hebt hervor wie Israels nationale Gerichtshöfe an der Aufrechterhaltung der Apartheid und der fortwährenden Durchführung schwerwiegender Verstöße gegen Palästinenser\*innen, die unter israelischer Besatzung leben, beteiligt sind und unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) durch den Internationalen Strafgerichtshof. Mit jedem Tag, an dem die Klärung der Verantwortlichkeiten weiter hinausgezögert wird, verlieren weitere Palästinenser\*innen ihre Unterkünfte, ihre Lebensgrundlagen und ihre Hoffnungen auf ein Leben in Würde“,* sagte Heba Morayef.

Systematisch hat Israel weite Gebiete palästinensischen Landes zu Militärzonen, Staatsland, archäologischen Grabungsstätten oder Nationalparks erklärt, um ihre Kontrolle über palästinensisches Land in Israel wie in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) so weit wie möglich auszubauen. Diese willkürlichen Klassifizierungen bilden ein Kernelement des institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung der palästinensischen Bevölkerung. Obendrein wurde durch eine kürzliche Untersuchung von unter Verschluss gehaltenen Dokumenten aus dem Jahr 1979 [enthüllt](#), dass Israels Einrichtung "militärischer Übungsgebiete" in den besetzten palästinensischen Gebieten, die sich auf ungefähr [20% des besetzten Westjordanlandes belaufen](#), „*einzig und allein dem Zweck diene, das Land letzten Endes an israelische Siedler zu übergeben*“.

## HINTERGRUND

Masafer Yatta besteht aus neunzehn traditionellen Ortschaften und Ansiedlungen, von denen acht akut von Abriss und Vertreibung bedroht sind. Die Dörfer liegen in den südlichen Hügeln von Hebron in Zone C des besetzten Westjordanlandes. Die C-Zone umfasst 60% des Westjordanlandes; die ausschließliche Kontrolle über die Raum- und Bebauungsplanung in der Region behalten sich jedoch die israelischen Behörden vor.

In ganz Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) werden palästinensische Gemeinden seit Jahrzehnten durch die staatlich-geförderten, diskriminierenden Strategien und Praktiken Israels zwangsweise vertrieben. Diese Vorgehensweisen sind absichtlich so ausgelegt, dass sie den Zugang zu Landgrundstücken und die Kontrolle über strategisch wichtige Standorte für die palästinensische Bevölkerung möglichst geringhalten und gleichzeitig die jüdisch-israelische Herrschaft befördern.

In den südlichen Hügeln von Hebron und im Jordantal, strategisch wichtige Gebiete für den israelischen Siedlungsausbau und die unkontrollierte Aneignung weiterer palästinensischer Landflächen, liegen noch andere palästinensische Gemeinden, die im Visier von Zwangsvertreibungen stehen. Letztes Jahr im Juni wurde eine dieser Gemeinden, Khirbet Humsa, eine von Schafhirten genutzte Ansiedlung, mit israelischen Bulldozern vollständig von der Landkarte getilgt.

Auf der anderen Seite der Grünen Linie, in Israel, sind 35 "nicht anerkannte" palästinensische Beduinen-Dörfer in der Negev/Naqab-Wüste in einem weiteren Beispiel offenkundiger Rassentrennung durch die israelischen Behörden ebenfalls von Abriss bedroht. In israelischen Raumplanungs- und Bebauungskarten kommen sie nicht vor und werden infolgedessen als illegal betrachtet, wobei sich die israelischen Behörden weigern, diese Orte an grundlegende Versorgungsdienste wie Strom und Wasser anzubinden. [Ras Jrabah](#) ist eines dieser Dörfer. Seine 500 Einwohner\*innen sind von Zwangsumsiedlungen bedroht, weil die israelischen Behörden planen, das Dorf abzureißen, um Raum für den Ausbau der Kleinstadt Dimona, die vorwiegend von jüdischen Israelis und Israelinnen bewohnt wird, zu schaffen.